

## Kanton gibt Schützen weitere Frist

**NIDWALDEN** Seit zehn Jahren wird versucht, eine zentrale Schiessanlage zu realisieren. Weil sie weiterhin fehlt, gibt es Einschränkungen beim Schiessbetrieb.

MATTHIAS PIAZZA  
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

Im nächsten Jahr läuft die Verlängerung des Kantons für Erleichterungen auf Nidwaldner Schiessplätzen aus. Diese ist nötig, damit die Schützenvereine weiterhin in ihren Anlagen ihrem Hobby frönen und die Nidwaldner Armeeangehörigen in ihrer Nähe ihr obligatorisches Schiessprogramm absolvieren können. «Wir werden wohl die Bewilligung wieder erteilen – aber vielleicht nicht mehr für zehn Jahre», sagt auf Anfrage unserer Zeitung der dafür zuständige Landwirtschafts- und Umweltdirektor Ueli Amstad. Mit dieser Sonderbewilligung dürfen etwa kantonale Lärmgrenzwerte in klar beschränktem Rahmen überschritten werden.



«Wir sind verpflichtet, unseren Bürgern Schiessplätze fürs Obligatorische zur Verfügung zu stellen.»

UELI AMSTAD,  
UMWELTDIREKTOR NW

Das «Obligatorische» – mit ein Grund für Ausnahmeregelungen des Kantons.

Bild Philipp Schmidli



### Nicht freie Hand

Für Ueli Amstad ist dies ein gerechtfertigter Schritt. «Wir sind einerseits ja verpflichtet, unseren Bürgern Schiessplätze für das Obligatorische zur Verfügung zu stellen. Zudem wollen wir das Schützenwesen, das in unserem Kanton sehr stark verwurzelt ist, auch weiterhin pflegen.» Allerdings bedeuten die Erleichterungen für die Schützenvereine nicht freie Hand. So sind die Anzahl der Schiesshalbtage und die Schusszahlen eingeschränkt. Die Einschränkungen hielten sich allerdings im

Rahmen, hält Amstad fest. Längerfristig gehe es aber nicht ohne richtige Lösung, «denn die Lautstärke des Knalls ist relativ hoch».

### Regionale Schiessanlage als Lösung

Abhilfe soll eine regionale Schiessanlage schaffen, die sämtliche Grenzwerte einhält. Die Idee geistert in Schützenkreisen seit über zehn Jahren herum, zumindest bis jetzt aber ohne erkennbare Ergebnisse. Nun scheint doch Bewegung in die Sache zu kommen. «Wir gaben nochmals Schub», so Amstad.

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Schützenverbände und der Gemeinden, ergänzt durch Fachgremien des Kantons, soll Varianten erarbeiten. Dass man nach über zehn Jahren noch nichts Konkretes in der Hand habe, überrascht ihn nicht. «Es ist in unserem dicht besiedelten Kanton fast ein Ding der Unmöglichkeit, eine neue Schiessanlage zu bauen. Vor allem, ohne beim Schiessbetrieb Grenzwerte zu verletzen.» Es wäre auch möglich, dass die Schützen die Zusammenlegung und Sanierung bestehender Anlagen ins Auge fassen.

Probleme mit Bürgern, die sich über Lärm beschwerten, habe es bis jetzt nur vereinzelt gegeben, so Amstad. Auch will er festhalten, dass die Schützen in den vergangenen Jahren viel für den Lärmschutz unternommen hätten, etwa mit dem Bau von Lärmschutztunnels und weiteren Massnahmen. Zudem hätten die Schiessaktivitäten in den vergangenen 20 Jahren abgenommen.

### Bundesgericht sprach Machtwort

Die Massnahmen waren allerdings nicht ganz freiwillig. Denn mit der Lärm-

schutzthematik befasste sich 2005 gar das Bundesgericht. Es entschied, dass für die 300-Meter-Schiessstände Beckenried, Ennetbürgen, Wolfenschiessen und Stans unter anderem Lärmschutzmassnahmen getroffen werden müssen und die Schiesszeiten von den Gemeinden genehmigt werden.

Max Ziegler, der Präsident der kantonalen Schützengesellschaft Nidwalden, bestätigte auf unsere Anfrage hin, dass man an einer Lösung arbeite. Weitere Details dazu wollte er aber vorerst keine nennen.

## «Wir kämpfen für die nächste Generation»

**SARNEN** Der Kampfgeist der Juko-Leitung gegen die Sparpläne des Kantons ist erwacht. Mit einem Infoabend wollen sie bei Kantonsrat und Bevölkerung punkten.

CHRISTOPH RIEBLI  
christoph.riebli@obwaldnerzeitung.ch

«Wehrt ihr euch nicht gegen die Sparpläne des Kantons?» Das wurden wir in den letzten Tagen und Wochen oft gefragt, erzählt Donat Rüttimann vom achtköpfigen Betriebsleitungsteam des Juko-Pavillons. Mit einer Online-Petition und fast 1000 Unterschriften setzte die Juko-Leitung bisher ein Zeichen gegen die kantonalen Sparbemühungen. Ohne Tamtam wurden die Unterschriftenbögen im Dezember 2015 dem Kantonsrat überreicht. Danach wurde es totenstill. Eine bewusste Entscheidung, wie Rüttimann sagt. «Wir wollen nicht provozieren und auch nicht jammern.» Ebenfalls habe man sich erst in die politischen Abläufe einarbeiten und Kontakte knüpfen müssen – mit so manchem Aha-Erlebnis. Überhaupt von den Sparplänen erfahren habe man aus der Zeitung.

### Riesenschwein mit scharfen Zähnen

Zumindest von aussen scheinen an der Militärstrasse 3 in Sarnen seit kurzem die Kampfgeister geweckt worden zu sein: An der Fassade des Obwaldner Jugendlokals hängt ein Banner mit einem riesigen Obwaldner Sparschwein drauf. In dessen gefräßigem Maul steckt der Pavillon. Erklärend steht darunter: «Sparmassnahmen verschlingen den



Wollen Kantonsräte und Bevölkerung für den Juko-Pavillon gewinnen (von links): Lukas Spichtig, Donat Rüttimann, Sina Kathriner, Jonas Muff und Lea Inderbitzin.

Bild Corinne Glanzmann

Juko-Pavillon.» Und als Versprechen schreiben sie im Internet: «Wir kämpfen für den Juko-Pavillon.» Pünktlich zur politischen Debatte.

Am 10. März wird der Kantonsrat erstmals auch materiell zum KAP-Sparpaket beraten, im April dann abschliessend in zweiter Lesung. Unter dem Posten Fachstelle für Gesellschaftsfragen

wird dabei der Verzicht auf die kantonale Kinder- und Jugendförderung aufgeführt. Eine Aufgabe, die der Kanton seit 2013 wahrnimmt und künftig den Gemeinden überlassen will. Sparpotenzial für den Kanton: 43 000 Franken. Die Haupttranche entfällt auf die 2008 geschaffene Stelle eines kantonalen Jugendbeauftragten. Doch auch nicht aus-

gewiesene Kosten für «regionale Infrastruktur» (Juko) wären betroffen.

### Weiterbetrieb in Frage gestellt

Deshalb wolle man für die Beibehaltung des aktuellen Kinder- und Jugendförderungsgesetzes als Ganzes kämpfen, sagt Donat Rüttimann. Die unentgeltliche Nutzung des Pavillons hänge davon

ab. Der Kanton verrechnet diese Mietkosten intern mit rund 30 000 Franken jährlich. «Es sind eigentlich bloss Abschreibungen», bemerkt der 19-Jährige, der im Juko die Sparte Finanzen unter sich hat. Zusätzlich würde auch ein kantonaler Unterstützungsbeitrag über 8000 Franken pro Jahr entfallen. Müsste man sich künftig einmieten, «könnten wir den Pavillon aus finanziellen Gründen wohl nicht mehr betreiben».

Für Jonas Muff, ebenfalls Mitglied der Juko-Betriebsleitung, steht zudem fest: «Wir kämpfen eigentlich für die nächste Generation.» Denn von allfälligen Sparmassnahmen wäre das aktuelle Leitungsteam nicht mehr betroffen. Anfang 2017 möchten sie die Organisation des Jugendlokals in neue Hände geben, «mit den gleichen Möglichkeiten, wie wir sie hatten».

### Stimmversprechen und Absagen

Primäres Ziel sei es nun, bis im März möglichst viele Kantonsräte von ihrer Sache zu überzeugen, damit diese sich für den Erhalt der bestehenden Gesetzgebung einsetzen. Und: «Wir möchten auch der Obwaldner Bevölkerung zeigen, wie wichtig uns der Pavillon ist», sagt Donat Rüttimann. Dazu findet am Donnerstag, 25. Februar, eine öffentliche Infoveranstaltung mit anschliessender Diskussion mit Kantonsräten im Juko-Pavillon statt. Sämtliche 55 Kantonsräte hätten dazu ein Einladungsschreiben erhalten. Bisher seien erst vereinzelte Rückmeldungen eingegangen, sagt Rüttimann – von Stimmversprechen bis Absagen.

### HINWEIS

Öffentliche Infoveranstaltung zur Zukunft des Juko-Pavillons mit Diskussion: Donnerstag, 25. Februar, 19.30 Uhr, Militärstrasse 3 in Sarnen. Mehr Infos unter [www.jukopavillon.com](http://www.jukopavillon.com)